

**LTWP-3-366**

# **Programmantrag**

**Landesdelegiertenversammlung am 8. & 9. November 2025 in Bingen**

**Initiator\*innen:** Jens Peter Dörrie (KV Alzey-Worms)

**Verfahrensvorschlag:** <span class="accepted">Übernahme</span>

**Titel:** **LTWP-3-366: ENTWURF  
LANDTAGSWAHLPROGRAMM 2026 - Kapitel 3 -  
Rheinland-Pfalz für alle gerecht gestalten**

## **Antragstext**

**Von Zeile 368 bis 369 einfügen:**

Beschäftigungsquote von sechs Prozent an. Wir wollen Inklusionsbetriebe und -abteilungen des Landes schaffen.

## **Inklusives Wohnen**

Teilhabe an der Gesellschaft darf nicht an der Wohnungstür halt machen. Wir erkennen das Bedürfnis und das Recht vieler Menschen mit Behinderung auf inklusives Wohnen an. Deshalb setzen wir uns für eine Förderung inklusiver Wohn- und Hausgemeinschaften ein in denen Menschen mit und ohne Behinderung Verantwortung füreinander übernehmen und inklusive Gemeinschaften bilden.

## **Begründung**

Ausziehen, eine WG gründen, Unabhängigkeit vom Elternhaus, mit Freunden und solchen, die es noch werden sollen unter einem Dach leben – für Menschen ohne Behinderung gehört dies ganz selbstverständlich zum Leben dazu.

Menschen mit Behinderung mit Pflege- oder Betreuungsbedarf stehen dagegen oft vor einer sehr eingeschränkten Wahl: Man bleibt im Elternhaus, oder zieht in ein Pflegeheim oder Pflege-WG. Beides sind oft erfolgreiche und erfüllende Wohnmodelle – aber befriedigen nicht das Bedürfnis vieler Menschen mit Behinderung nach sozialer Teilhabe.

Vor allem aus der Initiative einzelner Menschen mit Behinderung und Ihrer Eltern und Freunde hat sich in den letzten Jahren eine neue Wohnform gebildet: in inklusiven Wohn- und Hausgemeinschaften leben Menschen mit und ohne Behinderung auf Augenhöhe zusammen. Oft übernehmen die Mitbewohner und Nachbarn ohne Behinderung auch formal bestimmte Aufgaben der Pflege und Fürsorge und erhalten dafür einen reduzierten Mietpreis. Dadurch ist diese Wohnform auch eine Teilantwort auf das Bedürfnis nach bezahlbarem Wohnraum. In jedem Fall entsteht so ein inklusives Miteinander, in dem Wertschätzung und Gemeinschaft im Fordergrund steht.

Die Politik kann diese Initiativen auf vielfältige Art und Weise unterstützen: durch finanzielle Förderung, die Vermittlung von Bauplätzen und Wohnraum, die Vereinfachung der nötigen bürokratischen Hürden, oder auch nur durch konsequente Information. Eine gute Quelle für Hintergründe und mögliche Maßnahmen ist der Verein Wohn:Sinn: <https://www.wohnsinn.org>

### **Unterstützer\*innen**

Okka Senst (KV Rhein-Hunsrück)